

Vorsitzender: Dr. Carsten T. Rees
Geschäftsstelle: Silberburgstr. 158
70178 Stuttgart
Tel: 0711 741094 Fax: 0711 741096
E-Mail: info@leb-bw.de
www.leb-bw.de

Stellung von Ministerpräsident Kretschmann zur Modellrechnung des Kultusministeriums zum Lehrerbedarf und zur Frage der Neueinstellung von Lehrern

Mit blankem Entsetzen und völligem Unverständnis hat der Landeselternbeirat Baden-Württemberg (LEB) die Äußerungen des Ministerpräsidenten Kretschmann zu Neueinstellungen von Lehrerinnen und Lehrern wahrgenommen, wie sie in der Badischen Zeitung vom 27.02.2019 zu lesen waren. Diese Äußerungen des Ministerpräsidenten grenzen schon an Zynismus und grobe Missachtung der Bedürfnisse unserer Schülerinnen und Schüler und unserer Lehrerinnen und Lehrer.

In den letzten Tagen hatte das Kultusministerium eine Modellrechnung vorgestellt, wie hoch der Bedarf an zusätzlichen Lehrerstellen bis zum Jahr 2030 ausfallen wird. Diese Rechnung ist eine konservative und vorsichtige Rechnung. Aber dennoch begrüßt der LEB diese Rechnung ausdrücklich. Die Kultusministerin macht erkennbar ernst mit ihrer Ansage, auf Grundlage belastbarer Daten handeln zu wollen. Eine solche Modellrechnung ist mit erheblichem Aufwand verbunden und das Kultusministerium hat sich dieser Herausforderung gestellt, wofür der LEB dankbar ist.

Die Modellrechnung, die die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bei dem hoch renommierten Bildungsökonom Prof. em. Dr. Klaus Klemm von der Universität Duisburg-Essen in Auftrag gegeben hatte und die den Bedarf bis 2035 prognostiziert, deckt einen längeren Zeitraum ab. Darüber hinaus liegen in dieser Studie die ermittelten Bedarfszahlen z.T. höher. Auch der GEW ist der LEB für diese Studie sehr dankbar. Ein abschließender Vergleich der beiden Prognosen bedarf eingehender statistischer Betrachtungen.

Eines möchte der LEB aber so klar wie irgend möglich herausstellen: Bei den Prognosen geht es nicht primär um die Frage, wie sich der Lehrerbedarf auf Grund möglicher Neuerungen im Bildungssystem entwickeln wird.

Es geht vielmehr ganz grundsätzlich um die Frage:

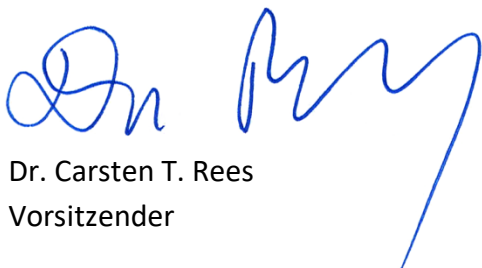
Wie viele Lehrerinnen und Lehrer benötigen wir, um in den Jahren bis 2030 bzw. 2035 den regulären Unterricht sicher zu stellen und eine angemessene Krankheitsreserve zu haben.

Der Ministerpräsident verweist auf die Kosten der Einstellung der benötigten Lehrkräfte und begründet seine Ablehnung mit dem lapidaren Satz: „Etwas nicht zu geben, ist einfacher als etwas, was man gegeben hat, später zu nehmen.“

Das ist wahrhaft zynisch. Denn in letzter Konsequenz sagt er damit nichts anderes als: „Der grüne Teil der Landesregierung Baden-Württemberg ist entschlossen, auf Kosten künftiger Schüler/innen-Generationen zu sparen. Die Grünen sind bereit – um Kosten zu sparen – die Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg nicht mehr in geregelter Maßße sicher zu stellen. Wir werden den Haushalt in Baden-Württemberg auf Kosten der Zukunft unserer Landeskinder sanieren.“

So sieht der Landeselternbeirat unsere Kinder und ihre Zukunft in der Geiselhaft einer strengen grünen Austeritätspolitik und ruft die grüne Landtagsfraktion eindringlich auf, unseren Kindern in der Zukunft nicht aus Kostengründen sogar Teile des regulären Pflichtunterrichts zu verweigern.

Für den Landeselternbeirat



Dr. Carsten T. Rees
Vorsitzender

Freiburg, den 27.02.2019